

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen -
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe Juni 2004

Geheimer Anbau von Genmais vor unserer Haustür:

Erprobungsanbau in Puch verstößt gegen EU-Recht!

Am 5. Mai wurde in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen der Erprobungsanbau von gentechnisch verändertem Mais gestartet. Laut Umweltinstitut München enthält die hier erprobte Maissorte Antibiotikaresistenzgene und hat im Laborversuch zum Tod von 60 Prozent der Larven des Tagpfauenauges geführt. Die Auswirkung auf Menschen und Nutztiere des in die Pflanze eingebauten Bt-Gifts, mit dem der Maiszünsler, ein Maisschädling, bekämpft werden soll, ist bisher kaum erforscht. Zudem dürfen laut EU-Recht antibiotikaresistente Pflanzen ab dem 31.12.2004 aus Sicherheitsgründen nicht mehr angebaut werden.

Die Freisetzungsrichtlinie der EU verpflichtet die Behörden, die Öffentlichkeit vor dem Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen zu informieren. Die Anbauorte und der Anbautermin der aktuellen Versuche wurden zuvor geheimgehalten. Durch die Geheimhaltung des Erprobungsanbaus, u.a. auf dem staatlichen Versuchsgut Puch, haben betroffene Landwirte und Imker keine Chance, ihre Felder vor Verunreinigung zu schützen. Hier wird mit Steuergeldern gegen den Willen der Betroffenen und der Mehrheit der Bevölkerung agiert. Laut aktuellen Umfragen sind 70 % der Bevölkerung gegen den Anbau und Verzehr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

In dem von Verbraucherministerin Renate Künast vorgelegten Gentechnik-Gesetz sind klare Regeln zur Transparenz und zum Schutz der gentechnikfreien Produktion vorgesehen. Gerda Hasselfeldt, CSU-Wahlkreisabgeordnete und zuständig für die

Agrarpolitik der CSU-Bundestagsfraktion, kritisiert auf ihrer Homepage: „die tatsächliche Ausgestaltung des Gesetzentwurfs lässt eindeutig auf die wahre Absicht von Ministerin Künast schließen: Die Verhinderung der Grünen Gentechnik in Deutschland.“



Mit über 100 Änderungsanträgen stimmte die unionsgeführte Bundesratsmehrheit dafür, dass fast sämtliche Punkte zum Verbraucher- und Umweltschutz gestrichen werden sollen. Nach dem Willen des Bundesrates soll es damit im Gentechnik-Gesetz nur noch eine verwässerte Haftungsregelung geben, keine verbindlichen Anbauregeln und auch keinen Schutz ökologisch sensibler Gebiete. Obendrein sollen auch noch die VerbraucherInnen, die mit großer Mehrheit kein Gen-Food wollen, mit ihren Steuergeldern für die Risiken der Gentechnik bezahlen. Verlierer dieser „Streichliste“ des Bundesrates sind VerbraucherInnen und Landwirte, denn der Schutz der gentechnikfreien Produktion ist dadurch massiv gefährdet.

Während CDU und CSU im Bundesrat ein Gesetz zum Schutz gentechnikfreier Produktion blockieren, schaffen sie auf bayerischen Versuchsfeldern - wie in Puch - unumkehrbare Fakten!

Es ist deshalb höchste Zeit für eine gentechnikfreie Zone!

In der Freisetzungsrichtlinie der EU regelt der Artikel 26, dass der Abstand zwischen Gentechnik und gentechnikfrei so groß sein muss, dass es zu keiner Kontamination kommt. Danach wäre der Anbau

von gentechnisch veränderten Produkten neben einer gentechnikfreien Zone praktisch unmöglich. Die Grünen im Landkreis Fürstfeldbruck setzen sich zusammen mit Landwirten, Imkern, Naturschützern und Verbrauchern für eine gentechnikfreie Zone im Landkreis ein. Dazu werden im Moment Unterschriften gesammelt (s. Kasten). **Auch der Grafrather Gemeinderat hat sich mit dem Thema befasst: Auf Antrag des Bund Naturschutz hat er am 24.05.04 beschlossen, auf kommunalen Anbauflächen keine gentechnisch veränderten Organismen zuzulassen.**

Nahrung - ein GENuss ?

Hat der Verbraucher nach Einführung der Kennzeichnungspflicht wirklich mehr Überblick? Laut der Novel-Food-Verordnung von 1997 müssen nur Gen-Produkte gekennzeichnet werden, bei denen im Endprodukt die gentechnische Veränderung nachweisbar ist - und das sind die wenigsten.

Zusatzstoffe und Enzyme sind ausgenommen. Selbst wenn gekennzeichnet werden muss, ist der Hinweis oft in der Zutatenliste versteckt, und nicht gleich zu finden. Umfragen weltweit zeigen aber: Verbraucher wünschen sich freie Wahl beim Einkaufen und zwar durch eine umfassende Kennzeichnung aller Gen-Produkte.



Immer mehr Untersuchungen entlarven die Gefährlichkeit von Gentechnik in Lebensmitteln, und die Gruppe derer wächst, die strengere Kontrollen und gar ein Aus für im Labor entwickeltes Essen fordern. Schon Anfang 1999 forderte die britische Ärztekammer einen Zulassungsstopp für gentechnisch veränderte Organismen, da das Wissen über die möglichen Gefahren derzeit nicht ausreicht. „Die Regierungen hätten die Zulassung dieser Produkte für den Lebensmittelmarkt ohne ausreichende Sicherheitsprüfungen niemals genehmigen dürfen.“

Die Gentechnik greift in natürliche Zusammenhänge ein. Werden Gene künstlich in das Erbgut von Lebewesen eingefügt, muss immer mit ungewollten Effekten gerechnet werden. (Zahlreiche Versuche haben dies bereits belegt!)

Jüngst schlug sich auch die EU mit strengeren Auflagen auf die Seite der Verbraucher. Die europäischen Umweltminister einigten sich, keine weiteren Zulassungen für Genpflanzen zu erteilen - offenbar hat die Gefahrenliste der Genpflanzen endlich auch die Politiker bewegt, die Gentechnik zu bremsen.

Völlig ungeregelt ist im Moment noch die Deklaration und Zulassung von Gentechnik im Tierfutter. Gen-Mais wird tonnenweise von den USA in die EU importiert, ohne dass dieser durch ein Zulassungsverfahren geprüft oder auf Unbedenklichkeit überprüft wird. Dieser Gen-Mais landet vor allem im Tierfutter und derzeit weiß der Landwirt nicht, was er an seine Tiere verfüttert, es sei denn, die Futtermittel kommen aus ökologischem Landbau.

Mit der Klage vor der Welthandelsorganisation (WTO) will die US-Regierung die sich in der Krise befindliche Gentechnik-Industrie unterstützen. Der US-Konzern Monsanto ist allein für über 91% der angebauten Gen-Pflanzen verantwortlich.

Doch nicht nur die EU, sondern 37 Länder, darunter Japan und China, haben, bzw entwickeln Gesetze, die die Einfuhr behindern oder zumindest erschweren sollen.

In Europa haben mittlerweile sieben Handelsketten Nahrung mit genmanipulierten Zutaten aus ihren Regalen verbannt. Deutsche Großhändler streichen Produkte aber nur zögerlich aus ihrem Sortiment. Dabei verzichten selbst weltweit tätige Lebensmittelhersteller wie Nestle und Unilever, nach der Kampagne von Greenpeace und dem Druck der Verbraucher mittlerweile auf die Verwendung von gentechnisch veränderten Zutaten. Weitere

Firmen, die inzwischen Nahrungsmittel mit dem Hinweis auf gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe auf den Markt gebracht haben, stellen ihre Produktion wieder um. Das Signal des Verbrauchers wird gehört.

Wir entscheiden durch unser Kaufverhalten entscheidend mit, wie in Zukunft produziert wird!

Greenpeace hat einen Einkaufsführer herausgebracht, mit dem Sie Ihre Macht als Verbraucher einsetzen können.

Sie finden ihn unter:

www.greenpeace.de/einkaufsnetz

im Internet,

oder bei

**Greenpeace-EinkaufsNetz, Große Elbstr. 39,
22767 Hamburg, Tel.: 040/306 18 -0,**

E-Mail: Mail@greenpeace.de

Unterstützen Sie die nachfolgende Resolution. Die Unterschriftenliste kann von

<http://www.gruene.de/Grafrath/gen.doc>

heruntergeladen werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit meiner Unterschrift fordere ich Sie auf, die Freisetzung genmanipulierter Pflanzen auf Staatsgütern des Freistaats

Bayern, insbesondere auch im Landkreis Fürstentfeldbruck, sofort zu stoppen. Ebenso muss die Unterstützung der bayerischen Staatsregierung für Landwirte, die auf ihren Feldern solche Pflanzen anbauen, sofort beendet werden. VerbraucherInnen und Landwirte lehnen einhellig genmanipulierte Nahrungsmittel ab. Beugen Sie sich daher nicht dem Druck der chemischen Industrie, die nur ihre genmanipulierten Saaten verkaufen will! Der Schutz der Umwelt und der Gesundheit des Menschen sind wichtiger als die Profitinteressen einiger Großunternehmen.

Familienfreundliche Eintrittspreise für das Hallenbad

Familien dürfen sich freuen. Künftig wird der Besuch des Grafrather Schwimmbades für sie günstiger. Auf Anregung von unserem grünen Gemeinderat Roger Struzena segnete der Gemeinderat die Ermäßigung ab. Die Gemeinde hofft auch, dass das öffentliche Schwimmen dadurch besser besucht wird. Roger Struzena hatte insgesamt vier Modelle für eine Familienermäßigung vorgeschlagen. Letztlich setzte sich der Vorschlag durch, dass Familien sich einen 100er-Block Eintrittsmünzen zum Vorzugspreis von 100 Euro

kaufen können. Alleinerziehende Väter oder Mütter erhalten 75 Marken zu 75 Euro. Zum Vergleich: Der Einzeleintritt kostet für Erwachsene 2,50 Euro und für Kinder 1,50 Euro. Ein 100er-Block für Einzelpersonen kostet 200 Euro.

Öffnungszeiten Hallenbad:

Do und Fr 18 - 21 Uhr

Sa 13 - 17 Uhr

So 9 - 12 Uhr

Mobilfunkbetreiber erleidet Schlappe

Die Deutsche Funkturm GmbH (DFMG) wollte auf dem Klageweg die Baugenehmigung für den Mobilfunkmasten im forstlichen Versuchsgarten in Grafrath erzwingen. Am 22. April fand diese Verhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München statt. Das Gericht war sehr bemüht, die DFMG und die Gemeinde zu einer einvernehmlichen Lösung zu bewegen. Die Funkturm GmbH lehnte alle Alternativstandorte der Gemeinde kategorisch ab. Auch auf den in der

Verhandlung aufgekommenen Vorschlag, ein Gutachten für einen Alternativstandort einzuholen, ging die DFMG nicht ein.

Die Klage der Deutschen Funkturm GmbH gegen die Gemeinde Grafrath wurde abgewiesen. Die Kosten des Verfahrens und die der Gemeinde zahlt die Klägerin.

Es ist nun abzuwarten, welche weiteren Schritte die DFMG in dieser Angelegenheit unternehmen wird.

Europawahl am 13.6. 2004: Grün Wählen

Interview mit Martin Runge, Landtagsabgeordneter

Du bist Vorsitzender des Europa-Ausschusses des bayerischen Landtags, was kann Bayern von Europa erwarten, was kannst Du mit deinem Amt bewirken?

Bayern und Deutschland sind zum ersten Mal in ihrer Geschichte nur von Freunden umgeben.



Bayern hat als besonders exportorientiertes Land schon immer von der Europäischen Integration profitiert. Mit der Osterweiterung wächst der Absatzmarkt weiter an.

Als Ausschussvorsitzender bin ich nicht nur Leiter der jeweiligen Sitzungen, sondern kann auch Tagesordnungen und Inhalte steuern, externe Referenten einladen etc. Dadurch wiederum und durch die wohl etwas stärkere Wahrnehmung als Vorsitzender, kann ich mithelfen, dass das Thema Europa stärker in die Öffentlichkeit transportiert wird.

Stimmt die bei vielen vorherrschende Meinung, dass Europa viel koste, nichts bringe und im übrigen weit weg sei?

Die Europäische Integration hat wesentlich mit zu Frieden, Freiheit, Sicherheit, Stabilität und wirt-

schaftlichen Aufschwung in Europa beigetragen. Deutschland hat die Teilnahme an den Europäischen Gemeinschaften gar die Wiederaufnahme in die internationale Staatengemeinschaft ermöglicht. Auch der wirtschaftliche Nutzen der Europäischen Integration ist für Deutschland weit höher, als es die Kosten sind. Der EU-Haushalt hat ein Volumen von etwa 100 Milliarden Euro im Jahr, etwa dreimal so hoch wie der Bayerische Staatshaushalt. Deutschland zahlt hiervon etwa 22 Milliarden Euro, von denen wiederum ca. 17 Milliarden Euro direkt zurückfließen. Die im Zusammenhang mit der Osterweiterung jetzt hinzukommenden Nettzahlungen liegen bei knapp einer Milliarde Euro je Jahr. Dies ist nur ein ganz kleiner Bruchteil der Gelder, mit denen die fünf neuen Bundesländer unterstützt werden.

Die EU-Erweiterung vom 1. Mai ist auch für viele BürgerInnen mit der Sorge verbunden, dass z. B. zunehmend Arbeitsplätze verlagert werden, wie siehst Du die Zukunft?

Wo Chancen sind, gibt es auch Risiken, neben Gewinnern wird es auch Verlierer der Osterweiterung geben. Besonders stark von den Folgen der Erweiterung wie anschwellenden Verkehrsströmen und zunehmendem Wettbewerbsdruck auf Unternehmen und deren Mitarbeiter betroffen sind die Grenzregionen auch in Bayern. Diese sind sozusagen Nahtstelle und Experimentierfeld der Erweiterung. Auch ohne die Erweiterung werden täglich in Deutschland Arbeitsplätze abgebaut bzw. verlagert. Kaufkraftabfluss aus den Grenzregionen zulasten von Gastwirten, Tankstellenbetreibern oder etwa Friseuren gibt es bereits seit dem Fall des Eisernen Vorhanges. Das gleiche gilt für Betriebsgründungen in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten vornehmlich größerer deutscher Unternehmen. Dabei war neben niedrigeren Arbeitskosten vor allem die Marktnähe Hauptmotiv. Teilweise werden Arbeitsplätze verlagert, teilweise sorgt aber auch die Verlagerung bestimmter Tätigkeiten dafür, dass andere Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Ins Kalkül gezogen werden müssen auch hier bei der Arbeitsplatzdiskussion die guten Marktchancen für deutsche Unternehmen aufgrund der

großen Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern und nach Investitionsgütern in unseren Nachbarländern. Besonders großem Druck infolge von Niedriglohnkonkurrenz in anderen Staaten wie auch bei uns werden geringer qualifizierte Menschen in Deutschland ausgesetzt sein, trotz der Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und bei der Dienstleistungsfreiheit. Auch in diesem Zusammenhang ist also für bessere Bildung und Ausbildung zu werben und zu trommeln, wie es überhaupt Aufgabe des Staates ist, die Übergänge zu erleichtern.

Wird es nicht zunehmend schwieriger, 25 Staaten unter einen Hut zu bringen ?

Selbstverständlich wird die Entscheidungs- und Konsensfindung in einem Verbund, welcher von ursprünglich sechs auf 25 Mitgliedsstaaten angewachsen ist, immer schwieriger. Aus diesem Grunde sind die jetzt angegangenen institutionellen Reformen ja auch so wichtig. So gilt es, stärker vom Einstimmigkeitsprinzip zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen. Vor allem sollte aber in unseren Augen das Europäische Parlament gestärkt werden.

Welche Rolle kann in Zukunft das Parlament überhaupt spielen, wenn die wichtigsten Entscheidungen auf der Ebene der Regierung getroffen werden ?

Zur Zeit wird ein Großteil der EU-Entscheidungen

vom Europäischen Rat, also den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten getroffen. Diese tagen und entscheiden hinter verschlossenen Türen und treffen ihre Entscheidungen manchmal auch gegen den Mehrheitswillen des Europäischen Parlaments bzw. der nationalen Legislativgremien, also in Deutschland Bundestag und Bundesrat. Das Europäische Parlament besitzt direkte demokratische Legitimierung, es tagt öffentlich und ist zudem sehr vielfältig, sehr heterogen besetzt, was wiederum unserer Ansicht nach zu oft besseren Entscheidungen im Vergleich zu den Beschlüssen des Rates, in jedem Fall aber zu mehr Transparenz führen würde. Deshalb fordern wir eine massive Ausweitung der Felder, in denen das Europäische Parlament mitentscheiden darf.

Warum Grün wählen?

Weil wichtige politische Ziele wie Demokratie, Beteiligung, Transparenz, Schutz von Menschenrechten, Umwelt- und Verbraucherschutz besonders gut bei den grünen Parlamentariern aufgehoben sind, teilweise nur dort überhaupt gut wahrgenommen werden. Aktuelle Beispiele sind der Einsatz der grünen Parlamentarier zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel, ihr Kampf für eine im Hinblick auf Gentechnik verschärfte Saatgutrichtlinie oder ihr Einsatz für den Erhalt der kommunalen Zuständigkeit für die Daseinsvorsorge, beispielsweise für Wasser und Abwasser.

Schweine übernehmen Mehrheit in Mauern

Früher gehörte eine vielseitige Viehhaltung in jedes Dorf, so auch in Mauern.

In den letzten Jahren war davon kaum noch was zu sehen.

Jetzt soll es aber wieder einen Saustall geben. Ca. 500 Meter westlich von Mauern am Waldrand sollen etwas groß dimensioniert drei Hallen entstehen, jede zwischen 40 und 50 Meter lang. 500 Schweine werden dort zugelassen, so konnte man der örtlichen Presse entnehmen.

Etliche Mauerner Bürger hatten da ihre Bedenken, was z.B. die Geruchsbelästigung betrifft. Das für die Genehmigung zuständige Landratsamt sah aufgrund der ausreichenden Entfernung zur Wohnbebauung keine Gefahren. Eine unmittelbar angrenzende Altmülldeponie

bedeutet für die Genehmigungsbehörde keinen Hindernisgrund, die Genehmigung für den Betrieb zu erteilen. Auch die damit verbundenen Auswirkungen auf das Grundwasser sind für die Behörde kein Problem.

Die Betreiber versuchen, die Skeptiker zu beruhigen. Denn schließlich sei geplant, die Schweine artgerecht auf Stroh zu halten und nicht auf Spaltenböden wie sonst üblich bei der Schweinemast. Als Beispiel wird das Gut Kerschlach südlich von Andechs erwähnt. Dumm nur, dass dort nur 45 Schweine gehalten werden, während es in Mauern immerhin 500 sind. Deshalb sollten die Mauerner Bürger schon ein Auge drauf haben, wie es in Zukunft dort zugeht.

Ampermoos: „Ohne Moos nix los“

Die mit 60 Personen recht gut besuchte Veranstaltung der Grünen machte Hoffnung, dass das längst eingeschlafen geglaubte Vorhaben der Grundwasserspiegelanhebung im Ampermoos doch noch zu einem guten Ende zu bringen ist.

Der Auftakt durch einen der wunderschönen Filme von Frau Hoffmann, zeigte wieder einmal die Schönheit dieses einzigartigen Gebietes.

Bei den folgenden ReferentInnen vom Bund Naturschutz, LBV, Ramsar- Büro, Schutzgemeinschaft Ampermoos und Bündnis 90/ Die Grünen stand einmal nicht das Vergangene und Versäumte im Vordergrund, sondern die neben der Grundwasserspiegelanhebung notwendigen Pflege- und Schutzmaßnahmen, um das Ampermoos zu erhalten.

So erläuterte Christian Niederbichler vom Ramsar-Büro an Hand von Bildern, die bisher recht erfolgreiche Zusammenarbeit mit den örtlichen Landwirten im Bereich der Pflege. Der Vertreter der Schutzgemeinschaft Ampermoos, Horst Guckelsberger, bat um tatkräftige Mithilfe, an manchen Wochenenden die wild wachsende Hecken und die zum Teil großflächigen Bestände der Goldrute zurückzuschneiden.

Ruth Paulig von Bündnis 90/ Die Grünen erläuterte die finanziellen Aspekte der zukünftigen Zuschüsse

und Unterstützungen, was keine sehr positiven Erwartungen zuließ, evtl. könnten aber über die EU Förderprogramme im Bereich des Natur- und Umweltschutzes zusätzliche finanzielle Mittel locker machen.

Die von den BesucherInnen der Veranstaltung gestellten Fragen und Anmerkungen zeigten eindeutig, welch hohen Stellenwert die Erhaltung des Ampermooses mittlerweile in der Bevölkerung hat. Ganz klar zum Ausdruck kam dabei, dass in Zukunft den zuständigen Behörden öfter mal Druck gemacht werden muss, damit dieses Projekt zügig voran schreitet.

Geht's jetzt los im Moos ?

Einen ersten Schritt können wir mitteilen: der Erörterungstermin, ohne den keine weiteren behördlichen Schritte möglich sind, ist jetzt endlich auf den 15. und 16. Juni, ab 9.00 Uhr in der Stadthalle Fürstentfeldbruck, festgelegt.

Möchten Sie sich noch eingehender mit der Thematik befassen empfehlen wir Ihnen die Internet Seiten:

<http://www.bayer.de/wwa-fs>

<http://www.ramsar-ammersee.de>

<http://www.lbv-starnberg.de>

zu besuchen.



Auf den Spuren von Graf Rasso wanderten wir und lauschten den fachkundigen Erzählungen von Toni Drexler und Dr. Bernd Steidl über das Leben von Graf Rasso und seiner Zeit.

Die Redaktion:

Helma Dreher, Marion Kapsch, Elke Struzena, Roger Struzena, Susi Wiedmann, Elmar Jäger (Layout)

Internet: www.gruene.de/grafath

e-Mail: Gruene.Grafrath@t-online.de